Landtag Nordrhein-Westfalen

16. Wahlperiode

Gesetzesdokumentation

Archiv-Signatur: LTNRW 19 A 0303/16/90

Zweites G e s e t z

zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

vom 20. Mai 2014

Bearbeitet von der Landtagsdokumentation

Seite

Inhalt

Vorwort V

Gesamtverzeichnis der Materialien VII

Materialdokumentation

Beratungsunterlagen und Protokolle 1

Beratungsergebnis 35

Gängige Abkürzungen:

APr	Ausschussprotokoll
Drs	Drucksache
GesDok	Gesetzesdokumentation
GV.NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
Inf	Information
Ltg.NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen
NöAPr	Nicht öffentliches Ausschussprotokoll
PlPr	Plenarprotokoll
Stgn	Stellungnahme
Vorl	Vorlage

Vorwort

Die Gesetzgebung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Die einschlägigen Regelungen dazu finden sich im Dritten Teil der Landesverfassung sowie in der Geschäftsordnung des Landtags NRW.
Aus diesem Grunde stellt der Landtag Nordrhein-Westfalen seit Anbeginn seiner Arbeit 1946 zu allen vom Landtag verabschiedeten Landesgesetzen sogenannte Gesetzesdokumentationen in Buchform bereit.

Eine Gesetzesdokumentation enthält in chronologischer Folge die Beratungsunterlagen, Protokolle, Beratungsergebnisse und die weiteren Materialien zum jeweiligen Landesgesetz.
Enthalten sind z.B. der Gesetzentwurf mit der Gesetzesbegründung, die Plenar- und Ausschussdebatten, die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, etwaige Änderungsanträge, Stellungnahmen von Sachverständigen, Vorlagen von Ministerien und die gültigen Gesetzesfassungen.

Die Materialien einer Gesetzesdokumentation sind neben allen anderen Parlamentspapieren des Landtags NRW über die Datenbank der Landtagsdokumentation erschlossen und wieder auffindbar.

Ein Großteil der in der Gesetzesdokumentation kompilierten Dokumente ist auch über das im Internet angebotene Dokumentenarchiv zugänglich.

Die Datenbank und das Dokumentenarchiv sind recherchierbar unter:

http://www.landtag.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

	Fundstelle Angaben zum Dokument	Seite
Beratungsunterlagen und Protokolle		
Landesregierung Nordrhein-Westfalen Gesetzentwurf vom 26.03.2ß14	Drucksache 16/5411	1
Landtag Nordrhein-Westfalen 56. Sitzung am 09.04.2014 1. Lesung zu Drs 16/5411 Anlage 2 – zu Protokoll gegebene Einbringungsrede	Plenarprotokoll 16/56 S. 5438, 5566, 5571	10, 13, 15
Hauptausschuss 28. Sitzung am 08.05.2014 Beratung (öffentlich) zu Drs 16/5411	Ausschussprotokoll 16/550 S. 1, 5	17,19
Hauptausschuss Beschlussempfehlung und Bericht vom 08.05.2014	Drucksache 16/5779	21
Landtag Nordrhein-Westfalen 58. Sitzung am 14.05.2014 2. Lesung zu Drs 16/5411 Anlage 2 – zu Protokoll gegebene Reden	Plenarprotokoll 16/58 S. 5696, 5831, 5845	26, 31, 33
Beratungsergebnis		
Landtag Nordrhein-Westfalen Gesetzesausfertigung der Landtagspräsidentin vom 20.05.2014	Gesetz 16/90	35
Landesregierung Nordrhein-Westfalen Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 27.05.2014	2014, Nr. 14 S. 289, 290	39, 40

Bearbeiterin:
Judith Faßbender
Düsseldorf, 2021

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/5411**

26.03.2014

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

A Problem

Mit den fünf Gesetzen zur Befristung des Landesrechts hat Nordrhein Westfalen das gesamte Landesrecht unter den Vorbehalt der Befristung und der ständigen Überprüfung gestellt. Zur Mitte des Jahres 2014 werden im Bereich der Ministerpräsidentin Befristungstermine wirksam, so dass über die Fortexistenz der ansonsten auslaufenden Rechtsnormen zu entscheiden ist.

B Lösung

Die zum 30. Juni 2014 vorzunehmenden Entfristungsregelungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin werden in einem Artikelgesetz gebündelt. Unter Berücksichtigung des Protokolls der 2.632 Kabinettsitzung vom 20. Dezember 2011, wonach die zum 1. Januar 2012 in Kraft befindlichen Stammgesetze und Verordnungen zwingend notwendig erscheinen, werden mit dem vorliegenden Änderungsentwurf die Verfallsklauseln gestrichen.

C Alternativen

Keine

D Kosten

Keine

E Zuständigkeit

Zuständig ist die Ministerpräsidentin. Beteiligt sind alle Ressorts.

F Finanzielle Auswirkungen

Keine

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Seite

Inhalt

Vorwort V

Gesamtverzeichnis der Materialien VII

Materialdokumentation

Beratungsunterlagen und Protokolle 1

Beratungsergebnis 35

Gängige Abkürzungen:

APr	Ausschussprotokoll
Drs	Drucksache
GesDok	Gesetzesdokumentation
GV.NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
Inf	Information
Ltg.NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen
NöAPr	Nicht öffentliches Ausschussprotokoll
PlPr	Plenarprotokoll
Stgn	Stellungnahme
Vorl	Vorlage

Vorwort

Die Gesetzgebung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Die einschlägigen Regelungen dazu finden sich im Dritten Teil der Landesverfassung sowie in der Geschäftsordnung des Landtags NRW.
Aus diesem Grunde stellt der Landtag Nordrhein-Westfalen seit Anbeginn seiner Arbeit 1946 zu allen vom Landtag verabschiedeten Landesgesetzen sogenannte Gesetzesdokumentationen in Buchform bereit.

Eine Gesetzesdokumentation enthält in chronologischer Folge die Beratungsunterlagen, Protokolle, Beratungsergebnisse und die weiteren Materialien zum jeweiligen Landesgesetz.
Enthalten sind z.B. der Gesetzentwurf mit der Gesetzesbegründung, die Plenar- und Ausschussdebatten, die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, etwaige Änderungsanträge, Stellungnahmen von Sachverständigen, Vorlagen von Ministerien und die gültigen Gesetzesfassungen.

Die Materialien einer Gesetzesdokumentation sind neben allen anderen Parlamentspapieren des Landtags NRW über die Datenbank der Landtagsdokumentation erschlossen und wieder auffindbar.

Ein Großteil der in der Gesetzesdokumentation kompilierten Dokumente ist auch über das im Internet angebotene Dokumentenarchiv zugänglich.

Die Datenbank und das Dokumentenarchiv sind recherchierbar unter:

http://www.landtag.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

	Fundstelle Angaben zum Dokument	Seite
Beratungsunterlagen und Protokolle		
Landesregierung Nordrhein-Westfalen Gesetzentwurf vom 26.03.2ß14	Drucksache 16/5411	1
Landtag Nordrhein-Westfalen 56. Sitzung am 09.04.2014 1. Lesung zu Drs 16/5411 Anlage 2 – zu Protokoll gegebene Einbringungsrede	Plenarprotokoll 16/56 S. 5438, 5566, 5571	10, 13, 15
Hauptausschuss 28. Sitzung am 08.05.2014 Beratung (öffentlich) zu Drs 16/5411	Ausschussprotokoll 16/550 S. 1, 5	17,19
Hauptausschuss Beschlussempfehlung und Bericht vom 08.05.2014	Drucksache 16/5779	21
Landtag Nordrhein-Westfalen 58. Sitzung am 14.05.2014 2. Lesung zu Drs 16/5411 Anlage 2 – zu Protokoll gegebene Reden	Plenarprotokoll 16/58 S. 5696, 5831, 5845	26, 31, 33
Beratungsergebnis		
Landtag Nordrhein-Westfalen Gesetzesausfertigung der Landtagspräsidentin vom 20.05.2014	Gesetz 16/90	35
Landesregierung Nordrhein-Westfalen Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 27.05.2014	2014, Nr. 14 S. 289, 290	39, 40

Bearbeiterin:
Judith Faßbender
Düsseldorf, 2021

G Befristung

Dieses Artikelgesetz regelt die Entfristung der jeweiligen Vorschriften entsprechend den Vorgaben des Befristungsprojekts.

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

Gesetzentwurf der Landesregierung	Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen
Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin	
Artikel 1 **Änderung des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen**	**Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen**
§ 9 des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes NRW vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:	
„§ 9 **Inkrafttreten**	**§ 9** **In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**
Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“	Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 30. Juni 2014 außer Kraft.
Artikel 2 **Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten**	**Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG)**
§ 6 des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146); der zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:	
„§ 6 **Inkrafttreten**	**§ 6** **In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten**
Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“	(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt am 30. Juni 2014 außer Kraft.
Artikel 3 **Inkrafttreten**	
Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.	

Begründung

A Allgemeines

Mit den fünf Gesetzen zur Befristung des Landesrechts hat das Land Nordrhein-Westfalen das gesamte Landesrecht unter den Vorbehalt der Befristung und der ständigen Überprüfung gestellt.

Mit diesem Gesetzentwurf berücksichtigt die Landesregierung TOP 32A (1) des Protokolls der 2.632 Kabinettsitzung vom 20. Dezember 2011, wonach die zum 1. Januar 2012 in Kraft befindlichen Stammgesetze und Verordnungen zwingend notwendig erscheinen und in zukünftigen Änderungsentwürfen vorgeschlagen werden soll, die Befristungsregelungen (Verfallsklauseln oder Berichtspflichten) zu streichen.

B Zu den einzelnen Bestimmungen

Begründung zu Artikel 1

Das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht die staatliche Ehrung besonderer Verdienste um das Land Nordrhein-Westfalen und seiner Bevölkerung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Der Verdienstorden wird an Frauen und Männer ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit verliehen.
Das Gesetz bedarf keiner inhaltlichen Änderung. Besondere Leistungen um das Land sollten weiterhin mit dem Verdienstorden des Landes geehrt werden. Die Regelungen haben sich bewährt und sind weiterhin dauerhaft erforderlich. Die geltende Befristung sollte daher aufgehoben werden.

Begründung zu Artikel 2

Das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG) ermöglicht es der Ministerpräsidentin, als staatliche Anerkennung für die Rettung bzw. versuchte Rettung eines Menschen aus Lebensgefahr oder die Abwendung einer gemeinen Gefahr (Rettungstat) eine Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen zu verleihen bzw. eine öffentliche Belobigung auszusprechen.

Das Gesetz bedarf keiner inhaltlichen Änderung. Der selbstlose Einsatz von Menschen, die ohne Rücksicht auf ihr Leben oder ihre Gesundheit andere Menschen aus Lebensgefahr retten, sollte auch weiterhin von staatlicher Seite ausgezeichnet werden. Die Regelungen haben sich bewährt und sind weiterhin dauerhaft erforderlich Die geltende Befristung sollte daher aufgehoben werden.

Begründung zu Artikel 3

Dieser Artikel regelt das Inkrafttreten dieses Mantelgesetzes.

Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll
16/56
09.04.2014

56. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 9. April 2014

Mitteilungen der Präsidentin 5441

1 Zukunft des rheinischen Braunkohlereviers – weiteres Verfahren zu Garzweiler II

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

SPD und Grüne opfern Arbeitsplätze sowie die sichere und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen dem Koalitionsfrieden

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5473 5441

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 5441
Armin Laschet (CDU) 5444
Christian Lindner (FDP) 5448
Norbert Römer (SPD) 5451
Reiner Priggen (GRÜNE) 5454
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 5458
Minister Johannes Remmel 5460
Rainer Christian Thiel (SPD) 5462
Ralph Bombis (FDP) 5463
Reiner Priggen (GRÜNE) 5464
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) 5465

Guido van den Berg (SPD)
(Erklärung gem. § 47 GeschO
stellvertretend auch für
Dagmar Andres,
Brigitte Dmoch-Schweren,
Stefan Kämmerling,
Peter Münstermann und
Rainer Thiel) 5466

Ergebnis 5466

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

erste Lesung 5467

Frank Herrmann (PIRATEN) 5467
Lisa Steinmann (SPD) 5467
Peter Biesenbach (CDU) 5468
Mario Krüger (GRÜNE) 5469
Kai Abruszat (FDP) 5470
Minister Ralf Jäger 5471

Ergebnis 5472

3 Breitbandausbau beschleunigen – Landesregierung muss Operationelles Programm EFRE für flächendeckenden Breitbandausbau öffnen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5470

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5534 5472

Thorsten Schick (CDU) 5472
Ralph Bombis (FDP) 5474
Alexander Vogt (SPD) 5474
Matthi Bolte (GRÜNE) 5475
Daniel Schwerd (PIRATEN) 5476
Robert Stein (fraktionslos) 5477
Minister Garrelt Duin 5478

Ergebnis 5480

4 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

erste Lesung 5480

Minister Thomas Kutschaty 5480
Sven Wolf (SPD).....5481
Jens Kamieth (CDU).....5482
Dagmar Hanses (GRÜNE).....5483
Dirk Wedel (FDP).....5484
Dietmar Schulz (PIRATEN).....5485

Ergebnis 5486

5 Zukunft des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen – Chancen erkennen, Herausforderungen meistern

Große Anfrage 5
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2648

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/4184

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5532.....5486

Henning Höne (FDP).....5486
Frank Sundermann (SPD).....5487
Christina Schulze Föcking (CDU).....5489
Simone Brand (PIRATEN).....5492
Minister Johannes Remmel.....5492

Ergebnis 5494

6 Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung schulgesetzlicher Vorschriften (10. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4807

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 16/5493

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Duale Ausbildung in der Fläche sichern – Regelungen zu Fachklassen an Berufskollegs an demografischen Wandel anpassen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5471 5495

Renate Hendricks (SPD) 5495
Petra Vogt (CDU) 5496
Ali Bas (GRÜNE)..... 5497
Yvonne Gebauer (FDP) 5498
Monika Pieper (PIRATEN)..... 5499
Ministerin Sylvia Löhrmann..... 5499

Ergebnis..... 5500

7 Fit durch Sport – Einführung von motorischen Tests in Grundschulen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5469

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5530 5501

Holger Müller (CDU) 5501
Marc Lürbke (FDP) 5502
Hans Feuß (SPD) 5503
Josefine Paul (GRÜNE)..... 5504
Lukas Lamla (PIRATEN) 5505
Ministerin Ute Schäfer..... 5506

Ergebnis..... 5507

8 Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und einer wohnraumrechtlichen Vorschrift

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4379 und
Berichtigung
Drucksache 16/4459

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Drucksache 16/5494

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5549

zweite Lesung 5507

Jochen Ott (SPD) 5507
Klaus Voussem (CDU) 5508
Daniela Schneckenburger (GRÜNE) ... 5509
Holger Ellerbrock (FDP) 5511
Oliver Bayer (PIRATEN) 5512
Minister Michael Groschek 5513
Jochen Ott (SPD) 5513

Ergebnis 5514

9 Fragestunde

Drucksache 16/5498 – Neudruck 5514

Mündliche Anfrage 37

des Abgeordneten
Ralf Witzel (FDP)

Verordnung zu Überschwemmungsgebieten entlang der Ruhr – Welche konkreten neuen Einschränkungen müssen Anwohner und Nutzer des Ruhrufers durch bürokratische Vorgaben der Bezirksregierung zukünftig noch befürchten? .....

Minister Johannes Remmel 5515

10 Finanzierung der Entsorgung von Atomanlagen durch die Eigentümer sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5477 5520

Dietmar Schulz (PIRATEN) 5520
Guido van den Berg (SPD) 5521
Hubertus Fehring (CDU) 5522
Hans Christian Markert (GRÜNE) 5523
Ralf Witzel (FDP) 5525
Minister Guntram Schneider 5527

Ergebnis 5528

11 Neue Strukturen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5488 5529

Ergebnis 5529

12 Bekämpfung von Steuerkriminalität in NRW erfolgreich – Steuergerechtigkeit und automatischer Datenaustausch muss Standard werden!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5480

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5535 5529

Uli Hahnen (SPD) 5529
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5530
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 5531
Ralf Witzel (FDP) 5532
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5534
Robert Stein (fraktionslos) 5535
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5536

Ergebnis 5539

13 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445 5539

Jens-Peter Nettekoven (CDU) 5539
Günter Garbrecht (SPD) 5540
Mario Krüger (GRÜNE) 5541
Kai Abruszat (FDP) 5542
Olaf Wegner (PIRATEN) 5543
Minister Guntram Schneider 5543
André Kuper (CDU) 5544
Günter Garbrecht (SPD) 5544

Ergebnis 5545

14 Parteispendensumpf trockenlegen: Evonik-Parteispendenaffäre als Ausdruck der Selbstbedienungsmentalität in der Politik

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5475 5545

Nicolaus Kern (PIRATEN) 5545
Sven Wolf (SPD) 5546
Jens Kamieth (CDU) 5547
Dagmar Hanses (GRÜNE) 5548
Dirk Wedel (FDP) 5551
Minister Ralf Jäger 5552

Ergebnis 5552

15 Schulden abbauen – finanzielle Handlungsspielräume sichern! Die neue Bundesregierung muss sich zu einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen bekennen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5483 5552

Michael Hübner (SPD) 5552
Mario Krüger (GRÜNE) 5553
Volker Jung (CDU) 5554
Ralf Witzel (FDP) 5555
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5556
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5557
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5558

Ergebnis 5559

16 Umfassende interkommunale und regionale Zusammenarbeit ermöglichen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5485

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5533 – Neudruck 5559

Thomas Eiskirch (SPD) 5559
Mario Krüger (GRÜNE) 5560
Ralf Nettelstroth (CDU) 5561
Kai Abruszat (FDP) 5562
Frank Herrmann (PIRATEN) 5564
Minister Ralf Jäger 5564

Ergebnis 5565

17 NRW unterstützt Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5481 5565

Ergebnis 5566

18 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

erste Lesung 5566

Minister Thomas Kutschaty
zu Protokoll
(siehe Anlage 1)

Ergebnis 5566

19 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5411

erste Lesung 5566

Minister Ralf Jäger
zu Protokoll
(siehe Anlage 2)

Ergebnis 5566

20 Zweites Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5412

erste Lesung 5566

Ministerin Barbara Steffens
zu Protokoll
(siehe Anlage 3)

Ergebnis 5566

21 Jahresbericht 2013 gemäß § 28 VSG NRW

Unterrichtung
durch das Parlamentarische
Kontrollgremium
gem. § 23 VSG NRW
Drucksache 16/5427 5566

Ergebnis 5566

22 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 18
gem. § 82 Abs. 2 GeschO
Drucksache 16/5497 5566

Ergebnis 5567

23 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 16/20 5567

Ergebnis 5567

Anlage 1 5569

Zu TOP 18 – „Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen“ – zu Protokoll gegebene Rede

Minister Thomas Kutschaty 5569

Anlage 2 5571

Zu TOP 19 – „Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin“ – zu Protokoll gegebene Rede

Minister Ralf Jäger 5571

Anlage 3 5573

Zu TOP 20 – „Zweites Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ministerin Barbara Steffens 5573

Entschuldigt waren:

Minister Garrelt Duin
(von 14 Uhr bis 18 Uhr)
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren

Stephan Gatter (SPD)
Inge Howe (SPD)
Josef Neumann (SPD)
Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
(von 14 Uhr bis 17:30 Uhr)
Markus Töns (SPD)
(bis 11:30 Uhr)

Regina van Dinther (CDU)
Serap Güler (CDU)
Josef Hovenjürgen (CDU)
(ab 14 Uhr)
Bernd Krückel (CDU)
Bernhard Schemmer (CDU)
Bernhard Tenhumberg (CDU)

Norwich Rüße (GRÜNE)
(bis 12 Uhr)

Ingola Schmitz (FDP)
Dr. Joachim Stamp (FDP)

Birgit Rydlewski (PIRATEN)
Torsten Sommer (PIRATEN)

Wir kommen daher direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 5481** an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**. Die Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

18 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr **Minister Kutschaty** mitgeteilt, dass er seine **Rede zu Protokoll** geben wird. (siehe Anlage 1)

(Allgemeiner Beifall)

Das ist erfolgt. Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/5303** an den **Rechtsausschuss** – federführend – und an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Nein. Sich enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

19 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5411

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes hat Herr **Minister Jäger** mitgeteilt, dass er seine **Rede zu Protokoll** geben wird. (siehe Anlage 2)

(Allgemeiner Beifall)

Das ist auch erfolgt. Auch hier ist keine weitere Aussprache vorgesehen.

Wir kommen daher auch bei diesem Tagesordnungspunkt sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/5411** an den **Hauptausschuss**. Möchte jemand dagegen stimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

20 Zweites Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5412

erste Lesung

Auch Frau **Ministerin Steffens** hat angekündigt, ihre **Rede** bei diesem Tagesordnungspunkt **zu Protokoll** zu geben und hat das getan. (siehe Anlage 3) Auch hier ist keine weitere Aussprache vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 16/5412** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, in der Mitberatung an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** und den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Gesetzentwurf so überwiesen.

Ich rufe auf:

21 Jahresbericht 2013 gemäß § 28 VSG NRW

Unterrichtung
durch das Parlamentarische
Kontrollgremium
gem. § 23 VSG NRW
Drucksache 16/5427

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Das Gremium kommt damit der jährlichen Berichtspflicht an das Plenum durch die Unterrichtung mit der Drucksache 16/5427 nach. Ich stelle hiermit fest, dass die **Unterrichtung zur Kenntnis genommen** worden ist.

Ich rufe auf:

22 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 18
gem. § 82 Abs. 2 GeschO
Drucksache 16/5497

Die Übersicht 18 enthält einen Antrag, der vom Plenum nach § 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung a. F. an den Ausschuss zur abschließenden Erledigung überwiesen wurde. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Anlage 2

Zu TOP 19 – „Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Entsprechend den Vorgaben des Befristungsprojekts hat Nordrhein-Westfalen das gesamte Landesrecht unter den Vorbehalt der Befristung und ständigen Überprüfung gestellt. Zur Jahresmitte werden im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin Befristungstermine wirksam, sodass über die Fortexistenz der ansonsten auslaufenden Rechtsnormen zu entscheiden ist.

Hierunter fallen:

- *das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen und*
- *das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG).*

Aus Sicht der Landesregierung haben sich beide Gesetze bewährt und sind dauerhaft nicht verzichtbar:

VERDIENSTORDEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Um die besonderen Verdienste um das Land und seine Bevölkerung durch das Land Nordrhein-Westfalen staatlich ehren zu können, wurde der Verdienstorden als Zeichen der Anerkennung am 11. März 1986 durch das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen mit großer Zustimmung aller im Landtag vertretenen Fraktionen gestiftet. Das war zugleich das Jahr der 40. Wiederkehr der Gründung des Landes.

Der Orden wird an Frauen und Männer ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit verliehen. Die Geehrten kommen aus allen Gruppen der Bevölkerung und haben besondere Leistungen erworben, die alle Lebensbereiche umfassen können. Das Gesetz hat sich bewährt. Besondere Verdienste sollten weiterhin mit dem Verdienstorden des Landes geehrt und die Befristung aufgehoben werden.

RETTUNGSMEDAILLE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Gesetz über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten trat in Nordrhein-Westfalen am 16. Oktober 1951 in Kraft. Entsprechende Gesetze wurden in den anderen Bundesländern verabschiedet.

Die Rettungsmedaille wird an Personen verliehen, die unter eigener Lebensgefahr einen anderen Menschen aus einer drohenden Gefahr gerettet haben. Auch weiterhin soll der selbstlose Einsatz von Menschen, die ohne Rücksicht auf ihr Leben oder ihre Gesundheit andere Menschen aus Lebensgefahr retten, durch die Verleihung der Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen oder – wenn die rettende Person selbst bei der Rettungshandlung nicht in Lebensgefahr war – durch eine öffentliche Belobigung von staatlicher Seite gewürdigt werden. Auch hier sollte daher die geltende Befristung aufgehoben werden.

Heute gibt es in fast allen Bundesländern vergleichbare Landesauszeichnungen. Beide nordrhein-westfälischen Regelungen haben sich in der bestehenden Form bewährt, sodass die bestehenden Verfallsklauseln gestrichen werden sollten. Darüber hinausgehende Änderungen werden nicht für erforderlich gehalten.

Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/550
08.05.2014

Hauptausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin **5**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5411

– abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5411 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der FDP an *(Keine Wortmeldungen).*

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Da sich der Hauptausschuss regelmäßig mit dem Thema „Erinnerungskultur“ befasse, sei ihm der Hinweis erlaubt, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann,** dass neben zahlreichen anderen Gedenktagen der 8. Mai als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur und des Friedensschlusses für Europa ein historisches Datum darstelle.

1 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5411

– abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung

(Keine Wortmeldungen)

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5411 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der FDP an.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/5779**

08.05.2014

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5411

2. Lesung

Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Beratung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/5411, wurde vom Plenum am 9. April 2014 nach 1. Lesung zur Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.
Sowohl das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen als auch das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten treten am 30. Juni 2014 außer Kraft. Da sich die beiden im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin befindlichen Gesetze bewährt haben, soll die Befristung entfallen.
Der Hauptausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. Mai 2014 befasst und ohne Debatte über eine Beschlussempfehlung an das Plenum abgestimmt. Hierbei wurde der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/5411, wird unverändert angenommen.

Prof. Dr. Rainer Bovermann
Vorsitzender

Datum des Originals: 08.05.2014/Ausgegeben: 09.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll
16/58
14.05.2014

58. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 14. Mai 2014

Mitteilungen der Präsidentin 5701

1 Gründe für überraschendes Ausscheiden des Portigon-Vorstandsvorsitzenden weiter unklar – Finanzminister Dr. Walter-Borjans besichtigt Jagdschloss Granitz auf Rügen statt den Landtag zu informieren

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5842 5701

Christian Möbius (CDU) 5701
Ralf Witzel (FDP) 5702
Martin Börschel (SPD) 5704
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5705
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5706
Robert Stein (fraktionslos) 5708
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5709
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 5710
Stefan Zimkeit (SPD) 5712
Ralf Witzel (FDP) 5713
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5714
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5715
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5716
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 5717

2 Bundesregierung soll heimliche Steuererhöhungen umgehend zurücknehmen: Steuerzahler durch Abbau der kalten Progression entlasten – Leistungsgerechtigkeit für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen wiederherstellen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5752 5718

Ralf Witzel (FDP) 5718
Stefan Zimkeit (SPD) 5719
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 5720
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5722
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5723
Robert Stein (fraktionslos) 5724
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5725

Ergebnis 5727

3 Demografiefeste Gesetze, Richtlinien und Verordnungen in Nordrhein-Westfalen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5761 5727

Hendrik Schmitz (CDU) 5727
Markus Herbert Weske (SPD) 5728
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5729
Marcel Hafke (FDP) 5729
Michele Marsching (PIRATEN) 5730
Ministerin Barbara Steffens 5731

Ergebnis 5732

4 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5751

erste Lesung 5732

Marc Herter (SPD) 5732
Sigrid Beer (GRÜNE) 5733
Ina Scharrenbach (CDU) 5734
Yvonne Gebauer (FDP) 5735
Monika Pieper (PIRATEN) 5735
Ministerin Sylvia Löhrmann 5736

Ergebnis 5737

5 Effektiver Nichtraucherschutz: Toleranz und Akzeptanz statt Bevormundung und Ideologie

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5753

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5871 5737

Susanne Schneider (FDP) 5737
Serdar Yüksel (SPD) 5739
Walter Kern (CDU) 5740
Arif Ünal (GRÜNE) 5741
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 5741
Ministerin Barbara Steffens 5742

Ergebnis 5744

6 Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5500 5744

Torsten Sommer (PIRATEN) 5744
Stefan Kämmerling (SPD) 5745
Ralf Nettelstroth (CDU) 5747
Mario Krüger (GRÜNE) 5748
Kai Abruszat (FDP) 5749
Minister Ralf Jäger 5749
Torsten Sommer (PIRATEN) 5750

Ergebnis 5750

7 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) darf nicht Spielball innerkoalitionären Streits werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5767

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5865 5750

Thomas Kufen (CDU) 5750
Rainer Schmeltzer (SPD) 5751
Wibke Brems (GRÜNE) 5752
Dietmar Brockes (FDP) 5753
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 5754
Minister Johannes Remmel 5754

Ergebnis 5756

8 Entscheidungsunfähigkeit oder Entscheidungsunwilligkeit? Neuausrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs endlich vorantreiben

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5758 5756

Hendrik Schmitz (CDU) 5756
Dirk Wedel (FDP) 5757
Stefan Zimkeit (SPD) 5759
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5761
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5762
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 5763

Ergebnis 5765

9 Fragestunde

Drucksache 16/5780

In Verbindung mit:

Schadstoffbelastung in der Gesamtschule Kierspe und in der Grundschule Neschen in Odenthal

Kleine Anfrage 2096
der Abgeordneten
Olaf Wegner, Monika Pieper und
Lukas Lamla (PIRATEN)
Drucksache 16/5257 5766

Ministerin Sylvia Löhrmann 5766

Mündliche Anfrage 38

der Abgeordneten
Ingola Schmitz (FDP)

Die schulische Integration nicht gefährden – Wie bewertet Schulministerin Löhrmann in Anbetracht der vielfachen kritischen Äußerungen zu angeblich der Gülen-Bewegung nahestehenden Bildungseinrichtungen in den letzten Monaten die Planungen des Rhein-Ruhr-Bildungsvereins, dem ebenfalls eine Nähe zur Gülen-Bewegung nachgesagt wird, in Essen zukünftig ein Gymnasium in freier Trägerschaft zu betreiben? 5767

Ministerin Sylvia Löhrmann 5768

Mündliche Anfrage 39

des Abgeordneten
Ulrich Alda (FDP)

Hat der Arbeitsminister den Landtag umfassend über alle Veranstaltungen seiner Pressesprecherin informiert? *5770*

In Verbindung mit:

Mündliche Anfrage 40

des Abgeordneten
Peter Preuß (CDU)

Nebentätigkeiten der Sprecherin von Minister Schneider *5771*

Minister Guntram Schneider 5771

Mündliche Anfrage 41

des Abgeordneten
Ralf Witzel (FDP)

Machtkampf in der Stiftung Museum Schloss Moyland – Wie bewertet die Landesregierung die nun aktuellen Vorgänge und Handlungen, darunter insbesondere auch das erkennbar parteiische Agieren ihrer zur Neutralität der Aufgabenwahrnehmung klar verpflichteten Stiftungsaufsicht? *5777*

Ministerin Ute Schäfer 5778

10 Verantwortung für die Bevölkerung wahrnehmen – PCB-betroffene Lehrkräfte, Eltern und Schüler nicht alleine lassen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5744 5782

Lukas Lamla (PIRATEN) 5782
Michael Scheffler (SPD) 5783
Peter Preuß (CDU) 5785
Hans Christian Markert (GRÜNE) 5786
Susanne Schneider (FDP) 5787
Minister Michael Groschek 5788
Monika Pieper (PIRATEN) 5789

Ergebnis 5789

Ergebnis
namentliche Abstimmung,
s. Anlage 1 5790

11 Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern – Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5468 5790

Ulrich Alda (FDP) 5790
Marion Warden (SPD) 5791
Matthias Kerkhoff (CDU) 5792
Martina Maaßen (GRÜNE) 5792
Daniel Schwerd (PIRATEN) 5793
Minister Guntram Schneider 5793
Ulrich Alda (FDP) 5794
Minister Guntram Schneider 5794

Ergebnis 5795

12 Professionelles Management für Autobahnbaustellen einführen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5765 5795

Bernhard Schemmer (CDU) 5795
Achim Tüttenberg (SPD) 5796
Arndt Klocke (GRÜNE) 5797
Christof Rasche (FDP) 5799
Oliver Bayer (PIRATEN) 5799
Minister Michael Groschek 5800

Ergebnis 5801

13 Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen muss jetzt die Bereichsausnahme für den Rettungsdienst schaffen – Ehrenamtliche Strukturen im Rettungsdienst sichern!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5759 5801

Ina Scharrenbach (CDU) 5801
Michael Scheffler (SPD) 5802
Arif Ünal (GRÜNE) 5803
Marc Lürbke (FDP) 5804
Lukas Lamla (PIRATEN) 5805
Ministerin Barbara Steffens 5805

Ergebnis 5807

14 Augenhöhe zwischen Bergbauunternehmen und Betroffenen: Rechtlichen Rahmen verbessern, Position der Betroffenen und Anwohnerschutz stärken

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5750

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5851 5807

Peter Münstermann (SPD) 5807
Josef Wirtz (CDU) 5808
Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE) 5809
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 5810
Dietmar Brockes (FDP) 5811
Minister Guntram Schneider 5812

Ergebnis 5813

15 Fehlerhafter Erfassung rechter Gewalt ein Ende setzen: Die Notwendigkeit einer Reformierung des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität-rechts“ (PMK-rechts) anerkennen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5748 5813

Birgit Rydlewski (PIRATEN) 5813
Nadja Lüders (SPD) 5814
Daniel Sieveke (CDU) 5815
Verena Schäffer (GRÜNE) 5816
Dr. Robert Orth (FDP) 5817
Minister Ralf Jäger 5818

Ergebnis 5818

16 Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP darf die kulturelle Vielfalt in NRW nicht gefährden!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5742 5818

Lukas Lamla (PIRATEN) 5818
Andreas Bialas (SPD) 5819
Thorsten Schick (CDU) 5820
Oliver Keymis (GRÜNE) 5821
Ingola Schmitz (FDP) 5823
Minister Guntram Schneider 5824

Ergebnis 5825

17 Auf jede Stimme kommt es an: Europawahl am 25. Mai 2014 nutzen, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5775

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5864

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5852

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5875 5826

Ilka von Boeselager (CDU) 5826
Markus Töns (SPD) 5827
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 5828
Dr. Ingo Wolf (FDP) 5828
Nicolaus Kern (PIRATEN) 5829
Minister Guntram Schneider 5830

Ergebnis 5831

18 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5411

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/5779

zweite Lesung 5831

Elisabeth Müller-Witt (SPD)
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Werner Jostmeier (CDU)
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Dirk Wedel (FDP)
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Michele Marsching (PIRATEN)
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Minister Ralf Jäger
zu Protokoll (siehe Anlage 2)

Ergebnis 5831

19 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/5781

zweite Lesung 5831

Sven Wolf (SPD)
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Jens Kamieth (CDU)
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Dagmar Hanses (GRÜNE)
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Dirk Wedel (FDP)
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Dietmar Schulz (PIRATEN)
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Minister Thomas Kutschaty
zu Protokoll (siehe Anlage 3)

Ergebnis 5832

20 Gesetz zur Modernisierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5230

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/5782

zweite Lesung 5832

Falk Heinrichs (SPD) 5832
Kirstin Korte (CDU) 5832
Matthi Bolte (GRÜNE)..... 5832
Dr. Robert Orth (FDP)..... 5833
Frank Herrmann (PIRATEN) 5833
Minister Ralf Jäger 5834

Ergebnis..... 5835

21 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5545 – Neudruck

erste Lesung..... 5835

Ministerin Sylvia Löhrmann
zu Protokoll
(siehe Anlage 4)

Ergebnis..... 5835

22 Gesetz über die Zulassung von Zentren und über die Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik in Nordrhein-Westfalen (Präimplantationsdiagnostikgesetz Nordrhein-Westfalen – PIDG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5546

erste Lesung..... 5835

Ministerin Barbara Steffens
zu Protokoll
(siehe Anlage 5)

Ergebnis..... 5835

23 Gesetz zur Änderung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5774

erste Lesung..... 5835

Ministerin Ute Schäfer
zu Protokoll
(siehe Anlage 6)

Ergebnis..... 5835

24 Sexuelle Gewalt an Frauen und Männern mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung konsequent bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5555

erste Lesung 5835

Ergebnis 5835

25 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2013 sowie Überschreitungen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2013

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2 LV
Vorlage 16/1823

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/5783 5836

Ergebnis 5836

26 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden §§ 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013) vom 21. März 2013 (GV.NRW. S. 167 ff.) verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 7/14
Vorlage 16/1816

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/5784 5836

Ergebnis 5836

27 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 19
gem. § 82 Abs. 2 GeschO
(§ 79 Abs. 2 GeschO a. F.)
Drucksache 16/5785 5836

Ergebnis..... 5836

28 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 16/21 5836

Ergebnis..... 5836

Anlage 1 5837

Namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/5744 – TOP 10 (Verantwortung für die Bevölkerung wahrnehmen – PCB-betroffene Lehrkräfte, Eltern und Schüler nicht alleine lassen!)

Anlage 2 5845

Zu TOP 18 – Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin – zu Protokoll gegebene Reden

Elisabeth Müller-Witt (SPD) 5845
Werner Jostmeier (CDU) 5845
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 5845
Dirk Wedel (FDP) 5846
Michele Marsching (PIRATEN)..... 5846
Minister Ralf Jäger 5846

Anlage 3 5847

Zu TOP 19 – Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen – zu Protokoll gegebene Reden

Sven Wolf (SPD) 5847
Jens Kamieth (CDU) 5847
Dagmar Hanses (GRÜNE) 5847
Dirk Wedel (FDP) 5848
Dietmar Schulz (PIRATEN) 5848
Minister Thomas Kutschaty 5848

Anlage 4 5851

Zu TOP 21 – Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz – zu Protokoll gegebene Reden

Ministerin Sylvia Löhrmann 5851

Anlage 5.....5853

Zu TOP 22 – Gesetz über die Zulassung von Zentren und über die Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik in Nordrhein-Westfalen (Präimplantationsdiagnostikgesetz Nordrhein-Westfalen – PIDG NRW) – zu Protokoll gegebene Rede

Ministerin Barbara Steffens 5853

Anlage 6.....5855

Zu TOP 23 – Gesetz zur Änderung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen – zu Protokoll gegebene Rede

Ministerin Ute Schäfer 5855

Entschuldigt waren:

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Minister Garrelt Duin
(ab 18 Uhr)
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren

Reiner Breuer (SPD)
(bis 11:30 Uhr)
Inge Howe (SPD)
Rainer Christian Thiel (SPD)
(ab 16 Uhr)
Ibrahim Yetim (SPD)
(ab 14 Uhr)

Gregor Golland (CDU)
Winfried Schittges (CDU)
Bernhard Tenhumberg (CDU)
(ab 16 Uhr)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE)
(ab 19 Uhr)
Rolf Beu (GRÜNE)
(ab 18 Uhr)
Dagmar Hanses (GRÜNE)
(bis 11 Uhr)
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)
(ab 16 Uhr)

Karlheinz Busen (FDP)
Angela Freimuth (FDP)
(ab 17:30 Uhr)

Daniel Düngel (PIRATEN)
Dirk Schatz (PIRATEN)

Deshalb kann die Landesregierung den Antrag der CDU nicht unterstützen. Auch dem Änderungsantrag der Piraten und dem Entschließungsantrag der FDP können wir unsere Unterstützung nicht geben. Die FDP schürt nur die Angst vor einer möglichen Vergemeinschaftung von Schulden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen konzentriert sich auf die Trias, die vor den Europawahlen wirklich wichtig sind: hohe Wahlbeteiligung, starkes Parlament, klare Absage an alle europafeindlichen Strömungen. Dies beinhaltet die Bekämpfung aller Formen des Nationalismus, des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit.

Mit diesen klaren Positionen können wir vielleicht noch in den nächsten Tagen vor allem auf die Wahlbeteiligung Einfluss nehmen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, damit die Wahlen auch weiterhin ein Beispiel dafür bieten, dass Europa demokratisiert und über demokratische Institutionen vorangebracht wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich bedanke mich auch für die Begeisterung im Saal beim Thema „Europa“.

Wir kommen zur Abstimmung über vier Anträge.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/5864 auf. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser **Antrag Drucksache 16/5864** mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten **abgelehnt**.

Zweitens. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/5775. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrages. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/5775** der CDU mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der CDU-Fraktion, bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Drittens. Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/5852. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/5852** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Viertens. Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/5875. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/5875** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion der Piraten bei Zustimmung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

18 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5411

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/5779

zweite Lesung

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die **Reden zu Protokoll** zu geben. *(Siehe Anlage 2)*

Wir kommen somit direkt zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in Drucksache 16/5779, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5411 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5411** mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und Piraten bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion **in zweiter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/5781

zweite Lesung

Anlage 2

Zu TOP 18 – Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin – zu Protokoll gegebene Reden

Elisabeth Müller-Witt (SPD):

Die heute aufgrund der Gesetze zur Befristung von Landesrecht zur Überprüfung anstehenden Gesetze aus dem Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin sind zum einen das Gesetz über den Verdienstorden des Landes NRW in der Form vom 9. Juni 2009, zum anderen das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten, ebenfalls in der form vom 9. Juni 2009.

In Form eines Artikelgesetzes sollen nun beide vorliegenden Normen angesichts der Tatsache, dass sie sich bewährt haben und keiner Änderung bedürfen, zusammen entfristet und auf Dauer angelegt werden.

Dies dürfte, davon gehe ich aus, unstrittig sein – entsprechend der Beschlussfassung des Hauptausschusses und trotz der dortigen Ablehnung durch die FDP-Fraktion.

Sowohl die Auszeichnung von Mitbürgern für besondere herausragende Leistungen auf den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern als auch die Ehrung von Rettungstaten, welche oftmals unter Einsatz des eigenen Lebens erfolgten, sind nicht zur Disposition stehende Akte, die nun auch in unbefristeten Gesetzen ihre entsprechende Wertschätzung erfahren sollen. Wir werden daher dem Artikelgesetz zur Umsetzung dieses Ziels unsere Zustimmung erteilen.

Werner Jostmeier (CDU):

Die Entfristungen betreffen das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen und das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten. Beide Gesetze treten am 30. Juni 2014 außer Kraft. Da sich nach Auffassung der Landesregierung beide Gesetze bewährt haben, soll die Befristung entfallen.

Als Zeichen der Anerkennung für besondere Verdienste um das Land Nordrhein-Westfalen und seine Bevölkerung wurde der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 1986 gestiftet. Er wird an Frauen und Männer ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit verliehen.

Die Rettungsmedaille wird an Personen verliehen, die unter Einsatz des eigenen Lebens die Rettungstat unternommen haben. Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1951. Entsprechende Gesetze gibt es auch in anderen Bundesländern.

Mit den fünf Gesetzen zur Befristung des Landesrechts aus den Jahren 2004 und 2005 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das gesamte Landesrecht unter den grundsätzlichen Vorbehalt der Befristung und der ständigen Überprüfung des kompletten Normbestands gestellt.

In der Folge mussten gerade seit dem Jahr 2010 immer wieder Berichte vorgelegt werden. Tatsächlich sind in dieser Legislaturperiode 11 Gesetze beschlossen worden, mit denen gesetzliche Befristungen neu geregelt werden.

Die CDU-Fraktion legt großen Wert darauf, dass der Sinn der Befristungsgesetze weiterhin Gültigkeit hat und die landesrechtlichen Normen sich einer Überprüfung unterziehen müssen.

Daher begrüßen wir die Ankündigung der Landesregierung aus dem Gesetzentwurf Drucksache 16/178 „Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums“:

„Zur sachgerechten Verfolgung der Ziele der Bürokratievermeidung, des Bürokratieabbaus und der Normverschlankung hält die Landesregierung es für zwingend geboten, an dem strikten Befristungserfordernis in der bisherigen Form festzuhalten. Das Instrument hat sich als umfassend tauglich erwiesen, die mit seiner Einführung in der 13. Wahlperiode verfolgten Ziele auch tatsächlich zu erreichen.“

Da die oben genannten Gesetze sich aus unserer Sicht bewährt haben und das Land damit Bürgerinnen und Bürger ehren kann, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben, stimmen wir in diesem Fall dem Gesetzentwurf zu.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):

Wir haben den Sachverhalt in der letzten Woche im Hauptausschuss insofern behandelt, als dass der Gesetzentwurf lediglich aufgerufen und zur Abstimmung gestellt wurde und dort die breite Zustimmung der Fraktionen fand.

Der Regelungsgehalt des Gesetzentwurfs, der ausschließlich an den Hauptausschuss überwiesen wurde, ist auch sehr überschaubar. Angesicht dieser Tatsache macht auch ein Suchen nach langen Ausführungen zur Begründung dieses Sachverhaltes keinen Sinn.

Bei den von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen handelt es sich lediglich um die Aufhebung von Befristungsregelungen. In Artikel 1 handelt es sich um die Änderung des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen und in Artikel 2 um die Än-

derung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten.

Wir halten diese Änderungen für sachgerecht und werden diesen auch zustimmen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, diesen unproblematischen Vorschlägen ebenfalls zu folgen und dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Dirk Wedel (FDP):

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf setzt die Landesregierung ihre Strategie der „Entfristung" von Landesrecht fort. Diese Strategie stellt eine Abkehr von Grundsätzen dar, die gerade die Sozialdemokraten in diesem Hohen Hause sowie in der seinerzeitigen Landesregierung noch vor gut zehn Jahren für unabdingbar hielten – und dies, wie ich betonen möchte, völlig zu Recht.

Grundsätzlich sollten nämlich alle Gesetze und die von ihnen ausgehenden Verordnungen befristet werden. Das bedeutet, dass diese Regelungen nach einem vorher festgelegten Zeitraum automatisch außer Kraft treten. Müssen bzw. sollen sie fortbestehen, muss ein erneutes Gesetzgebungsverfahren durchlaufen werden.

Ein solches sogenanntes Befristungsmanagement wurde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erst im Jahr 2011 ausgesetzt, nachdem es zuvor erfolgreich praktiziert worden war. Neue Gesetzte werden inzwischen nicht mehr mit einem Verfallsdatum versehen, so zum Beispiel das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen. Bei bestehenden Gesetzen hebt die rot-grüne Koalition bestehende Befristungen regelmäßig vollständig auf und verzichtet damit auf eine Überprüfung, ob ein Gesetz zum einen überhaupt benötigt wird und zum anderen, ob es seinen Zweck auch nach vieljähriger Geltung noch zu erfüllen geeignet ist.

Durch die Befristung und Überprüfung muss die Existenz von Gesetzes und Verordnungen regelmäßig legitimiert werden. Bestehende Bürokratie würde beständig mit der Realität konfrontiert. Das bisherige Prinzip, dass in der Praxis Vorschriften im Zweifel erhalten bleiben – gleichviel, ob sie tatsächlich noch benötigt werden oder nicht –, würde umgekehrt. Und schließlich müssten auch sämtliche Subventionen, Fördermittel, Sozialleistungen und andere Mittelauskehrungen des Landes regelmäßig auf den Prüfstand – ein TÜV für staatliche Leistungen würde entstehen.

Vor diesem Hintergrund haben wir Liberalen in der Vergangenheit bereits die Aufhebung von Befristungen in anderen Geschäftsbereichen abgelehnt; selbstverständlich werden wir dementsprechend auch den heute vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen, da er diesen Zielen widerspricht.

Zuletzt am 23.10.2012 hat die FDP-Fraktion zum Gesetzentwurf zur Aufhebung entsprechender Befristungen im Bereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums in diesem Hohen Hause eine Protokollerklärung abgegeben. Auf deren Inhalt möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich Bezug nehmen:

Mit der Entfristung von Rechtsvorschriften wird ein wirksames Instrument abtgeschafft, um die regelmäßige Kontrolle der Notwendigkeit und Wirkung der bestehenden Vorschriften sicherzustellen und Regelungen aufgrund fortschreitender Veränderungen anzupassen, zu vereinfachen, zu reduzieren oder aufzuheben. Noch 2003 hat gerade die SPD dies in Person des seinerzeitigen Innenministers Behrens anders bewertet.

Wir bedauern diese Abkehr von einer aus unserer Sicht ausnehmend sinnvollen Zielsetzung und lehnen Ihren Gesetzentwurf heute ab.

Michele Marsching (PIRATEN):

Mit einem Blick auf die Uhr fasse ich mich kurz, wir wollen ja alle nach Hause:

Es wurde bereits alles gesagt. Ich schließe mich den Ausführungen meiner Kollegen an.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht vor, die aufgrund der Vorgaben des Befristungsprojekts enthaltenen Verfallsklauseln im Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen und im Gesetz über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten (RettungstatenG) zum 30. Juni 2014 aufzuheben und beide Gesetze zu entfristen.

Die beiden Normen regeln Ehrungen, mit denen das Land Nordrhein-Westfalen besondere Leistungen anerkennt. Beide Stammgesetze haben sich in der bestehenden Form bewährt, sodass die genannten Verfallsklauseln gestrichen werden sollten.

Darüber hinausgehende Änderungen werden nicht für erforderlich gehalten.

Der Gesetzentwurf wurde in der vergangenen Woche im Hauptausschuss beraten und der Entfristung mehrheitlich zugestimmt (ohne Zustimmung der FDP und ohne weitere Aussprache).

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 14. Mai 2014 folgendes Gesetz beschlossen:

Zweites Gesetz
zur Änderung der gesetzlichen Befristungen
im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Zweites Gesetz
zur Änderung der gesetzlichen Befristungen
im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Artikel 1
Änderung des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen

§ 9 des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes NRW vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:

„**§ 9**
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

Artikel 2
Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten

§ 6 des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146); der zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:

„**§ 6**
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 14. Mai 2014

Carina Gödecke
Präsidentin

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

68. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. Mai 2014 | **Nummer 14**

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
113	20. 5. 2014	**Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin**	290
113	13. 5. 2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen	290
2010 **232** **91** **93**	20. 5. 2014	**Gesetz zur Modernisierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften**	294
216	8. 4. 2014	Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland über die Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK) im Gebiet des Rheinlandes	291
232	13. 5. 2014	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Abkommens zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (2. DIBt-Änderungsabkommen)	291
238	20. 5. 2014	Verordnung zur Bestimmung der Gebiete mit Absenkung der Kappungsgrenze	298
320	15. 5. 2014	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Arbeitsgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen	291
7101	13. 5. 2014	Vierte Verordnung zur Änderung der Gewerberechtsverordnung	293
7831	13. 5. 2014	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten der Tierseuchenbekämpfung und der Beseitigung tierischer Nebenprodukte sowie zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Tierseuchenverordnungen	293

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten.** Die Adresse ist: https://recht.nrw.de. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: https://recht.nrw.de, dort: kostenlose Angebote.

113

Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Vom 20. Mai 2014

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin

Artikel 1
Änderung des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen

§ 9 des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes NRW vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:

„§ 9
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft."

Artikel 2
Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten

§ 6 des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146), der zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) geändert wurde, wird wie folgt gefasst:

„§ 6
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft."

Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Mai 2014

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Die Ministerpräsidentin

(L. S.) Hannelore Kraft

Der Finanzminister

Dr. Norbert Walter-Borjans

Der Minister
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Garrelt Duin

Der Minister
für Inneres und Kommunales

Ralf Jäger

Der Minister
für Arbeit, Integration und Soziales
zugleich auch für
die Ministerin
für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien

Guntram Schneider

Der Justizminister

Thomas Kutschaty

Der Minister
für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
zugleich auch für
die Ministerin
für Schule und Weiterbildung

Johannes Remmel

Der Minister für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr

Michael Groschek

Die Ministerin
für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Svenja Schulze

Die Ministerin
für Familie, Kinder, Jugend,
Kultur und Sport

Ute Schäfer

Die Ministerin
für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Barbara Steffens

– GV. NRW. 2014 S. 290

113

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen

Vom 13. Mai 2014

Auf Grund des § 5 Absatz 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), der zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 462) geändert worden ist, insoweit nach Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses des Landtags, sowie auf Grund des § 36 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1
Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen

§ 3 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 12. Mai 2009 (GV. NRW. S. 322) wird wie folgt geändert:

a) Die Absatzbezeichnung „(1)" wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Mai 2014

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Für die Ministerpräsidentin
Die Ministerin
für Schule und Weiterbildung

Sylvia Löhrmann

– GV. NRW. 2014 S. 290